



**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses
am 3. Juli 2017**

im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Mitglieder des Verwaltungs-,
Schul- und Kulturausschusses

Kreisräte/innen

Holzwarth, Dr. Ketterer, Wersch, Mößner (ab 14:35
Uhr), Breiter, Kölz (CDU)

Kaufmann, Klopfer, Hestler, Möhrle (bis 17:14 Uhr) (SPD)

Hesky, Friedrich, Häuser, Jasper (Freie Wähler)

Besa, Brodersen, Wägner (GRÜNE)

Lenk (bis 16:56 Uhr) Haußmann, Meßmer (FDP-FW)

Throm (AfD)

Kober (LINKE/ÖDP)

Ferner:

Dezernent Geißler (Top 3)

Herr Schneider, Amtsleiter Amt für besondere Hilfen
(Top 1 und 2)

und Flüchtlinge

Sozialdezernentin Bittinger

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer:

Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:32 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 15:47 Uhr

§ 1Sachstandsbericht FlüchtlingsunterbringungDrucksache 2017/029

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, aufgrund der unklaren Entwicklung der Flüchtlingszahlen, müsse mit Augenmaß ein Puffer an Unterkünften vorgehalten werden. Bezüglich der Kostenerstattung durch das Land, gebe es seit Mai eine relativ klare Zusage des Innenministers. Bis die Umsetzungsbestimmungen des Paktes für Integration vom Land vorliegen, müsse der Kreis mit den Kommunen in Vorleistung gehen.

Der Leiter des Amtes für besondere Hilfen und Flüchtlinge, Herr Schneider, erläutert die aktuelle Entwicklung im Bereich der Flüchtlingsunterbringung anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Haußmann erklärt, Subsidiarität funktioniere auf der unteren Ebene sehr gut. Was fehle seien Regelungen für die Abrechnungen, auch beim Pakt für Integration. Nachdem die kommunale Seite die Aufgabe in die Hand genommen habe, wolle das Land die Gesamtkosten wohl erst einmal abschätzen. Das Ziel müsse auch sein, die Freiwilligkeitsleistung in Höhe von monatlich 150.000 Euro über den Pakt geltend zu machen. Zu den Kosten, die nicht abgerechnet werden könnten, würden die kalkulatorischen Zinsen gehören, weshalb er um Erläuterung bitte. Wenn vom Innenminister Wirtschaftlichkeit angemahnt werde, erinnere er an die Notsituation, Unterkünfte für die Unterbringung zu generieren.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass die Verwaltung ihr Abbaukonzept bereits vor eineinhalb Jahren an das Land geschickt, aber noch immer keine Antwort bekommen habe.

Kreisrat Dr. Ketterer interessiert was passiere, wenn die Anschlussunterbringung beginnen sollte, aber nicht möglich sei, weil z.B. Wohnungen fehlen. Zudem bitte er um Auskunft, ob die vorgehaltenen Kapazitäten während der Betreuungslücke auch erstattet würden. Außerdem wolle er wissen, was die Basisversorgung umfasse.

Kreisrat Kaufmann bedankt sich für die gute Aufbereitung. Kritik hingegen müsse er am Innenminister üben, der in seinem Schreiben auf die rechtliche Zulässigkeit des Ausgabenerstattungssystems verweise. Hier scheine sich das Land wieder seiner Verantwortung entziehen zu wollen. Auch er verweise auf die damalige Notsituation, wo das Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsprinzip nicht immer angewendet werden konnte.

Kreisrätin Brodersen erklärt, auch ihre Fraktion sei verärgert über die Verzögerung des Ministeriums. Sie fragt nach dem Stand der Abrechnung für das Jahr 2016. In dem geplanten Systemwechsel mit einer reinen Spitzabrechnung sehe man keine Verbesserung. Unbefriedigend seien auch die Verzögerungen beim Pakt für Integration, da die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände einen Planungsrahmen und Klarheit für ihre Mitarbeiter benötigen würden.

Landrat Dr. Sigel antwortet zu den vorstehenden Redebeiträgen, wenn keine Räumlichkeiten für die Anschlussunterbringung zur Verfügung stünden, würde keine Zwangszuweisungen erfolgen. Man sei jedoch mit den Kommunen im Austausch, um einen fairen Verteilungsschlüssel zu erreichen, um z.B. die zu entlasten, die überdurchschnittlich in Vorleistung gegangen seien. Es würden auch vom Kreis nicht mehr benötigte Flächen für die Anschlussunterbringung zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung des Paktes hänge an der Abstimmung zwischen den Ministerien und den Spitzenverbänden. Fakt sei jedoch, dass eine Betreuung stattfinden müsse, weshalb man die Lücke geschlossen habe in der Hoffnung, dass diese rückwirkend erstattet werde. Die Basisversorgung bedeute, dass auf jeden Fall eine Betreuung mit einem Schlüssel 1:150 gewährleistet sei. Die Haushaltskonsolidierung müsse trotzdem weiterhin im Auge behalten werden. Für die Abrechnungen müsse das Flüchtlingsaufnahmegesetz wohl geändert werden, um die Zusagen einzuhalten, aber es gebe nun immerhin eine schriftliche Zusage des Innenministers. Hierauf verlasse er sich, damit nicht zum dritten Mal ein Haushalt auf der Basis von Ankündigungen erstellt werden müsse. Bezüglich der Wirtschaftlichkeit werde mit der Kreisbau und Wirtschaftsprüfern jedes Objekt dokumentiert.

Herr Schneider antwortet ergänzend, die kalkulatorische Verzinsung halte sich Grenzen. Diese be-laufe sich im Jahr 2016 auf 30.000 Euro. Für die Spitzabrechnung 2016 komme die Aufforderung im Oktober, wobei die vorläufigen Kosten schon dem Landkreistag mitgeteilt worden seien, damit das Land eine Abschätzung vornehmen könne.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 03.07.2017

Seite 4

Öffentlich

Kreisrat Mößner bittet hinsichtlich des Abbaus von Überkapazitäten darum, die schlecht angebundene Unterkunft in Murrhardt-Oberneustetten aufzulösen.

Landrat Dr. Sigel erwidert, dies werde angestrebt, wobei hier auch die Wirtschaftlichkeit beachtet werden müsse.

Ohne weitere Beratung nimmt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss den Sachstandsbericht zur Flüchtlingsunterbringung zur Kenntnis.

Auszüge

1 Dezernat 2

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge

§ 2Durchführung und Finanzierung eines Projekts zur Förderung von Rückkehr der im Landkreis befindlichen Flüchtlinge und Asylbewerber aus der Balkan-RegionDrucksache 2017/137

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Leiter des Amtes für besondere Hilfen und Flüchtlinge, Herr Schneider, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Brodersen bedankt sich für die Entwicklung des Konzepts. Dieses bedeute eine „Win-win-Situation“. Da viele Zuwanderer oftmals Alles verkauft hätten, sei eine Rückkehr sonst perspektivlos: Sie wolle wissen, ob eine schriftliche Verpflichtung eingefordert werde, dass keine Wiedereinreise erfolge.

Kreisrat Kaufmann hält das Konzept für den richtigen Ansatz einen Anreiz zu schaffen für eine Heimreise. Es sei auch nicht vermittelbar, dass bei sicheren Herkunftsländern sozialen Leistungen bezogen werden. Es stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, die Starthilfe erst Vorort auszahlen, als kurz vor der Ausreise.

Kreisrat Sczuka begrüßt die Initiative, die nicht nur finanziell Vorteile habe, da auch bei Balkanländern eine oft jahrelange Verfahrensdauer zu beklagen sei, an deren Ende eine Abschiebung stehe. Ihn interessiere ferner, wie der Stand bei der Verifizierung von Personen bei der Einreise sei.

Kreisrat Hesky erklärt, der eingeschlagene Weg sei aus finanzieller und auch menschlicher Sicht richtig. Mit der Starthilfe werde die Lebenssituation in den Herkunftsländern verbessert.

Kreisrat Meßmer bittet um Auskunft, ob eine Inanspruchnahme auch mit einer Terminvorgabe verbunden sei, bis wann Deutschland verlassen werden müsse.

Kreisrat Throm erklärt, wenn Asylbegehren aus Balkanstaaten nicht prioritär behandelt würden, stelle sich die Frage, was die Einstufung zu sicheren Herkunftsländern gebracht habe. Diese sollten daher beschleunigt bearbeitet werden. Auch wenn die vorgeschlagene Lösung vernünftig werde hier, müsse der Kreis hier wohl wieder für eine Aufgabe des Landes einspringen.

Kreisrat Haußmann befürwortet das Projekt ebenfalls. Er wolle wissen, ob einheitliche Beträge bezahlt würden und ob es eine Chance für eine Erstattung vom Land gebe. Er rege nach Abschluss der Pilotphase eine Analyse an, wie viele Asylfolgeanträge gestellt würden. Es sei zwar positiv, wenn keine erneute Zuweisung in den Rems-Murr-Kreis erfolge, aber für die Steuerzahler nicht befriedigend.

Kreisrat Dr. Ketterer fragt, ob z.B. Flüchtlinge aus anderen Ländern die Starthilfe auch erhalten, sofern sie dann ausreisen würden.

Kreisrat Kober kritisiert, dass der Kreis sich hier zum „Büttel“ des Landes mache. Er gebe bei den sicheren Herkunftsländern zu bedenken, dass es dort auch Bevölkerungsgruppen gebe, die diskriminiert würden.

Landrat Dr. Sigel nimmt Stellung zu den Redebeiträgen und führt aus, es sei richtig, dass man hier für das Land einspringe, aber es gehe darum pragmatisch vorzugehen. Momentan beziehe man sich nur auf die genannte Region.

Amtsleiter Schneider antwortet ergänzend, die Zusage, dass keine Zuweisung mehr erfolge, basiere auf die Aussage des Landes, dass Asylbewerber ohne Bleibechance in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes verbleiben sollen. Was die Zuverlässigkeit für die Ausreise betreffe gebe es bei der Rückkehrberatung auch Erfahrungen, wie ernst dies gemeint sei. Insofern rechne er nicht damit, dass ein Missbrauch statfinde, zumal dies auch Konsequenzen hätte. Es gebe keine bevorzugte Bearbeitung von Balkan-Anträgen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), da Länder mit einer hohen Anerkennungsquote zuerst bearbeitet würden. In der Anschlussunterbringung nach 24 Monaten habe die kommunale Ebene die Kosten zu tragen. Es sei vorgesehen, dass nach einem Jahr eine Abfrage gemacht werde, ob eine Wiedereinreise erfolgt sei. Eine Auszahlung im Ausland würde eine entsprechende Infrastruktur voraussetzen.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass über eine evtl. Wiedereinreise von Flüchtlingen, die das nachstehende Programm in Anspruch genommen hätten, berichtet werde. Die Überprüfung wird ca. ein Jahr nach Abschluss des Projekts erfolgen.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

1. Im Haushaltsjahr 2017 werden für die Rückkehr von Balkanflüchtlingen im Rahmen eines Pilotprojekts überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von max. 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch die Einsparungen in der Leistungsgewährung und bei den Unterbringungskosten.
2. Im Rahmen des Projekts wird für jeden Erwachsenen und für jedes Kind ab 12 Jahren ein Starthilfepaket i. H. v. 700 Euro sowie für jedes Kind unter 12 Jahre ein Starthilfepaket i. H. v. 350 Euro gewährt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Ergebnisse des Projekts im Rahmen der Haushaltsberatung 2018 zu berichten.

Auszüge

1 Dezernat 1

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge

§ 3

Anpassung des Betrauungsaktes für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/048

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag, den geänderten Betrauungsakt für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH (Anlage 1 zu Drucksache 2017/048) zu beschließen.

Auszüge

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 4Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses und des Aufsichtsrats der Kreisbaugesellschaft sowie des Aufsichtsrats der Rems-Murr-KlinikenDrucksache 2017/140

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:
2. Der Jugendhilfeausschuss wird mit Herrn Pfarrer Jens-Uwe Schwab als Nachfolger von Frau Klara Merz als stellvertretendes beratendes Mitglied neu gebildet.
3. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrätin Ulrike Wittner als stellvertretendes Mitglied (Nachfolgerin von Kreisrat Harald Rienth), neu zu bilden.
4. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Frau Elke Hartung als ordentliches Mitglied (Nachfolger von Herrn Claudio Bauer), neu zu bilden

Auszüge

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 03.07.2017

Seite 10

Öffentlich

§ 5

Spendenbericht

Drucksache 2017/133

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden und Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge

1 Amt für Finanzen

§ 6Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel verweist auf das am 28.06.2017 von der Kreistagsgeschäftsstelle per Mail versandte Schreiben zur Einrichtung eines 6-jährigen Gymnasiums an der Gewerblichen Schule in Waiblingen.
2. Des Weiteren weist Herr Dr. Sigel auf den aufgelegten Quartalsbericht über die Entwicklung der Stellenbesetzungen hin. Diese würden deutlich unter dem Planansatz liegen was jedoch nicht darauf zurückzuführen sei, dass „Luft“ eingeplant worden sei, sondern man bemühe sich zu konsolidieren und auf das Notwendige zu beschränken.
3. Landrat Dr. Sigel stellt das neue Organigramm des Landratsamtes ab 01.08.2017 vor. Dem neuen Ersten Landesbeamten werde die Leitung der Dezernate 2 und 4 übertragen. Die kommunale Dezernentenstelle bleibe daher vorerst unbesetzt. Persönlich beabsichtige er, das Amt für Flüchtlinge und besondere Hilfen zunächst weiter zu begleiten. Die Holzverkaufsstelle werde noch dem Dezernat 1 zugeordnet.
4. Herr Dr. Sigel stellt ferner die neue Europabeauftragte, Frau Christine Berghoff und die neue Chancengleichheitsbeauftragte, Frau Julia Gonser vor.



Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 03.07.2017

Seite 12

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert